

# EUROPÄISCHES PARLAMENT



**PRÄSIDIUM**

## PROTOKOLL

der Sitzung vom

**13. Dezember 2017**

Louise Weiss-Gebäude – Saal R1.1

---

**Straßburg**

**PRÄSIDIUM**

**PROTOKOLL**

der Sitzung vom Mittwoch, 13. Dezember 2017,  
von 15.30 bis 17.30 Uhr

Louise Weiss-Gebäude – Saal R1.1

Straßburg

INHALT

	<u>Seite</u>
1. Annahme des Entwurfs der Tagesordnung .....	7
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13. November 2017 .....	8
3. Mitteilungen des Präsidenten .....	9
3.1. Aufgabenbereiche der beiden neuen Vizepräsidenten .....	9
3.2. Besuche des Präsidenten .....	10
3.3. Geburtstag von Herrn KOVATCHEV, Quästor .....	11
3.4. Einladungen zu künftigen Sitzungen des Präsidiums .....	11
4. Maßnahmen im Anschluss an den Away Day: Arbeitsumfeld der Mitglieder ab der neuen Wahlperiode im Jahr 2019 – Aufzeichnung des Generalsekretärs .....	12
5. Maßnahmen im Anschluss an die Away Days: Strategie für die Modernisierung des Konferenzmanagements im Europäischen Parlament – Aufzeichnung des Generalsekretärs .....	16
6. Personalfragen .....	19
7. Maßnahmen im Anschluss an die Away Days: Für ein erfolgreiches Jahr 2019 – Umstrukturierung der Generaldirektion Kommunikation – Aufzeichnung des Generalsekretärs .....	20
8. Vorschlag zur Einrichtung einer gemeinsamen Informationsstelle des Europäischen Parlaments und der Kommission in der Zentralbibliothek in Helsinki – Aufzeichnung des Generalsekretärs .....	21
9. Modernisierung des öffentlich zugänglichen Empfangsbereichs des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Tallinn – Aufzeichnung des Generalsekretärs .....	23
10. Antrag des Haushaltsausschusses (BUDG) auf Genehmigung einer Ausnahme für die Übersetzung von 45 zusätzlichen Seiten über die zulässigen regulären Obergrenzen hinaus zwecks Einreichung von zwei wichtigen Berichtsentwürfen noch 2017 – Schreiben von Herrn ARTHUIS, Vorsitzender des betreffenden Ausschusses .....	24
11. Kuratorium des Hauses der europäischen Geschichte – Änderung der	

Mitgliedschaft – Aufzeichnung des Generalsekretärs.....	26
12. Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen für das Haushaltsjahr 2018 – Aufzeichnung des Generalsekretärs .	27
13. Mehrsprachigkeit – Vorschlag für die Verlängerung der Ausnahmeregelungen in Bezug auf Artikel 158 – Aufzeichnung des Generalsekretärs.....	29
14. Historisches Archiv des Europäischen Parlaments: Jährlicher Tätigkeitsbericht für 2016 – Vermerk des Generalsekretärs .....	31
15. Benennung eines Sitzungssaals nach dem ehemaligen portugiesischen Präsidenten Mario Soares – Schreiben von Herrn PITTELLA, Vorsitzender der S&D-Fraktion, und Herrn ZORRINHO, Leiter der portugiesischen Delegation in der S&D-Fraktion – Aufzeichnung des Generalsekretärs.....	32
16. Anpassung der Allgemeinen Kostenvergütung sowie der Reisekostenvergütung und des Tagegelds für die Mitglieder im Jahr 2018 – Vermerk des Generalsekretärs .....	33
17. Finanzielle Zuwendung für den Verein der ehemaligen Mitglieder im Jahr 2018 – Vermerk des Generalsekretärs .....	35
18. Finanzielle Zuwendung für die Europäische Parlamentarische Gesellschaft 2018 – Vermerk des Generalsekretärs .....	36
19. Antrag auf Genehmigung der Entsendung von STOA-Delegationen innerhalb der EU, in Beitritts- und EWR-Länder im ersten Halbjahr 2018 – Schreiben von Frau KAILI, Vorsitzende der STOA-Lenkungsgruppe.....	37
20. Antrag des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) auf Genehmigung der Teilnahme von zwei eingeladenen Referenten an einer interparlamentarischen Ausschusssitzung zum Thema „Die Europäische Migrationsagenda – Fragen zu legalen Wegen und Integration“ am 24. Januar 2018 in Brüssel und Erstattung ihrer Kosten – Schreiben von Herrn MORAES, Vorsitzender des betreffenden Ausschusses .....	39
21. Antrag der S&D-Fraktion auf Genehmigung der Ausstellung „Bombed – Giving a voice to Syrian civilians“ („Bombardiert – der syrischen Zivilbevölkerung Gehör verschaffen“) auf der Agora Simone Veil der Esplanade Solidarność 1980 vom 23. bis 27. April 2018 – Schreiben von Herrn PITTELLA, Vorsitzender der S&D-Fraktion, und Frau GUILLAUME, Vizepräsidentin .....	41
22. Dringliche Fragen und Verschiedenes .....	44
22.1. Anpassung des monatlichen Höchstbetrags der Ausgaben für parlamentarische Assistenz und der monatlichen Obergrenzen für die Gehälter oder Honorare der örtlichen Assistenten für 2017.....	44
22.2. Altersrente für akkreditierte parlamentarische Assistenten (APA) .....	44
22.3. Weiterbehandlung der Entschließung des Plenums zur Bekämpfung von Belästigung.....	45
22.4. Mobiles Parlamentarium .....	47
23. Punkte zur Information.....	48
24. Zeitpunkt und Ort der nächsten Sitzung.....	49

PRÄSIDIUM

PROTOKOLL

der Sitzung vom Mittwoch, 13. Dezember 2017

Straßburg

Die Sitzung wird um 15.41 Uhr vom Präsidenten des Europäischen Parlaments, Herrn Antonio TAJANI, eröffnet.

Anwesend waren:

Antonio TAJANI, Präsident

Vizepräsidenten

Frau McGUINNESS  
Herr LIBERADZKI  
Herr SASSOLI  
Herr WIELAND  
Frau GUILLAUME  
Herr CZARNECKI  
Herr VALCÁRCEL SISO  
Frau GEBHARDT  
Herr TELIČKA  
Herr PAŞCU  
Herr PAPADIMOULIS  
Frau HAUTALA  
Herr CASTALDO

Entschuldigt

Frau JÁRÓKA

Quästoren

Frau MORIN-CHARTIER  
Herr KOVATCHEV  
Herr MAŇKA  
Frau BEARDER  
Herr KARSKI

Entschuldigt

An der Sitzung nahmen teil:

Herr WELLE, Generalsekretär  
Herr WINKLER, stellvertretender Generalsekretär und Generaldirektor der GD PRES

Liste der Beamten, die an der Sitzung teilgenommen haben:

Kabinett des Präsidenten

Herr CANGA FANO  
Herr CHIOCCHETTI  
Herr CAPOGROSSO  
Frau BOLYA

Kabinett des Generalsekretärs

Herr MANGOLD  
Herr SORENSEN  
Frau ALTENBERG  
Herr DEBIE

Kabinett des stellvertretenden Generalsekretärs

Herr SCHWARZ

Generalsekretariat

GD Interne Politikbereiche (IPOL)	Herr	RIBERA d'ALCALA
GD Externe Politikbereiche (EXPO)	Herr	AGUIRIANO NALDA
GD Wissenschaftlicher Dienst (EPRS)	Herr	TEASDALE
GD Information (COMM)	Herr	DUCH GUILLOT/ Frau VAN DEN BROEKE
GD Personal (PERS)	Herr	KNUDSEN
GD Infrastrukturen und Logistik (INLO)	Frau	LINNUS / Herr MACHMER
GD Übersetzung (TRAD)	Herr	MAVRIC
GD Dolmetschen und Konferenzen (INTE)	Frau	WALTER-DROP
GD Finanzen (FINS)	Herr	KLETHI
GD Innovation und Technologische Unterstützung (ITEC)	Herr	VILELLA
GD Sicherheits- und Schutzbelange (SAFE)	Herr	CAROZZA
Juristischer Dienst	Herr	DREXLER, Rechtsberater
Sekretariat der Konferenz der Präsidenten	Frau	SCHADE

Fraktionssekretariate

Frau	ROIG LINANA	(PPE)
Herr	HORNAK	(S&D)
Herr	WOODARD	(ECR)
Frau	BOVEINGTON-FAURAN	(ALDE)
Frau	PANTAZIDOU	(GUE/NGL)
Herr	BROUWER	(VERTS/ALE)
Herr	PITTARELLO	(EFDD)
Herr	CAMPOMENOSI	(ENF)

Assistenten der Vizepräsidenten und der Quästoren

Frau	O'HEA	Frau	McGUINNESS
Herr	COBUCCI	Herr	SASSOLI
Frau	WEGMANN	Herr	WIELAND
Frau	SOBKIEWICZ	Herr	CZARNECKI
Herr	RODRIGUEZ GUILLEN	Herr	VALCÁRCEL SISO
Frau	PAPENBERG	Frau	GEBHARDT
Frau	KYRIAKAKI	Herr	TELIČKA
Frau	SZARAZ	Frau	JÁRÓKA
Herr	VINTILA	Herr	PAŞCU
Herr	ALATOPOULOS	Herr	PAPADIMOULIS
Frau	HEIKKILA	Frau	HAUTALA
Herr	VALLUCCI	Herr	CASTALDO
Herr	RICHARD	Frau	MORIN-CHARTIER
Herr	IVANOV	Herr	KOVATCHEV
Frau	KUCHTIKOVA	Herr	MAŇKA
Frau	KONTÁR	Frau	BEARDER
Herr	SKOCZEK	Herr	KARSKI

Sitzungssekretariat: Herr TZIORKAS, Herr ADLER, Herr PETERS, Frau STASINOPOULOU und Frau MORGADO.

1. Annahme des Entwurfs der Tagesordnung

Das Präsidium

- nimmt Kenntnis von dem Entwurf der Tagesordnung (PE 612.754/BUR) und nimmt ihn, wie in diesem Protokoll angegeben, an.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13. November 2017

Das Präsidium

- genehmigt das Protokoll der ordentlichen Sitzung des Präsidiums vom 13. November 2017 in Straßburg (PE 610.509/BUR).



3. Mitteilungen des Präsidenten

3.1. Aufgabenbereiche der beiden neuen Vizepräsidenten

Das Präsidium

- hört einen Beitrag des Präsidenten, der Livia JÁRÓKA, Vizepräsidentin, und Fabio Massimo CASTALDO, Vizepräsident, die Frau GALL-PELCZ bzw. Herrn LAMBSDORFF, ehemalige Vizepräsidenten, ersetzen, zu ihrer Wahl beglückwünscht und im Präsidium willkommen heißt;
- hört eine Mitteilung des Präsidenten, dass nach Gesprächen mit den beiden neuen Vizepräsidenten und weiteren Mitgliedern des Präsidiums in Bezug auf ihre individuellen Aufgabenbereiche Folgendes beschlossen wurde:
  - Frau JÁRÓKA behält den Aufgabenbereich ihrer Vorgängerin, der den Vorsitz des Ausschusses zur Weiterbehandlung der Prüfungen, die Zuständigkeit für den Zugang zu Dokumenten und die Mitgliedschaft in der Arbeitsgruppe „Gebäude, Verkehr und umweltbewusstes Parlament“, in der Hochrangigen Gruppe für die Gleichstellung der Geschlechter und die Vielfalt sowie in der Kanzlei des Europäischen Bürgerpreises umfasst, und übernimmt nach einer Vereinbarung mit Frau HAUTALA, Vizepräsidentin, deren Zuständigkeit zur Vertretung des Präsidenten für den Westbalkan, während Frau HAUTALA, Vizepräsidentin, für die Vertretung des Präsidenten für Asien und Ozeanien zuständig sein wird.
  - Herr CASTALDO behält grundsätzlich den Aufgabenbereich seines Vorgängers mit geringfügigen Änderungen und wird demnach zuständig sein für Menschenrechte und Demokratie, außer dem Sacharow-Netz (gemeinsam mit Herrn TELIČKA, Vizepräsident); ferner ist er Mitglied in den Arbeitsgruppen des Präsidiums „Gebäude, Verkehr und umweltbewusstes Parlament“ sowie für die IKT-Innovationsstrategie; er vertritt den Präsidenten für (nicht sicherheitsbezogene) multilaterale Gremien, einschließlich UN+ und WTO sowie für Kontakte zu europäischen Unternehmensverbänden und für Lateinamerika (gemeinsam mit Frau GEBHARDT, Vizepräsidentin);

- nimmt die aktualisierte Aufgabenverteilung zwischen den Mitgliedern des Präsidiums zur Kenntnis.

### 3.2. Besuche des Präsidenten

#### Das Präsidium

- hört einen Beitrag des Präsidenten, der über seine offiziellen Besuche berichtet:
  - so reiste er am 16. November 2017 nach Schweden, wo er in Stockholm Prinzessin Victoria, Herrn AHLIN, Präsident des schwedischen Parlaments, und schwedische Unternehmer traf, um vor dem Gipfeltreffen in Göteborg Unternehmen und Arbeitnehmerrechte betreffende Fragen zu erörtern, und anschließend in Göteborg am abendlichen Arbeitsessen mit den Staats- und Regierungschefs zur Vorbereitung des Gipfeltreffens teilnahm, das in der Unterzeichnung der Erklärung zur europäischen Säule sozialer Rechte seinen Abschluss fand,
  - am 21. November 2017 begab er sich mit der Konferenz der Präsidenten nach Sofia (Bulgarien), um den bulgarischen Ratsvorsitz vorzubereiten, Ministerpräsident BORISOV und seine Regierung erläuterten ihre Prioritäten für ihre halbjährige Amtszeit, die mit den Prioritäten des Europäischen Parlaments übereinstimmen, nämlich Verbesserungen in Bezug auf die Funktionsweise Europas, illegale Einwanderung, Sicherheit, Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere für junge Menschen, Integration der Westbalkanländer,
  - am 28./29. November 2017 hielt er sich in Côte d'Ivoire auf, um das Europäische Parlament beim Gipfeltreffen der Afrikanischen Union und der EU zu vertreten, wobei er Unterstützung für die Entwicklung Afrikas bekundete, da dessen Probleme und Herausforderungen sehr stark auch die Probleme und Herausforderungen Europas seien, und die Notwendigkeit eines anhaltenden Dialogs mit führenden afrikanischen Politikern bekräftigte, wofür die Ansprache von Präsident OUATTARA im Plenum in Straßburg und das Treffen vom 22. November 2017 im EP zwischen führenden Politikern, Investoren, Sachverständigen und

Vertretern der Zivilgesellschaft aus Afrika und Europa Beispiele gewesen seien,

- am 8. Dezember 2017 reiste er nach Zypern, wo er Herrn ANASTASIADES, Präsident der Republik, und Herrn SYLLOURIS, Präsident des Parlaments, traf, eine Rede im zyprischen Parlament hielt und an einer Diskussion über die Zukunft Europas mit einer Gruppe zyprischer Jugendlicher teilnahm.

### 3.3. Geburtstag von Herrn KOVATCHEV, Quästor

#### Das Präsidium

- hört einen Beitrag des Präsidenten, der Herrn KOVATCHEV, Quästor, im Namen des Präsidiums seine besten Wünsche zum Geburtstag ausspricht;
- beglückwünscht Herrn KOVATCHEV mit herzlichem Beifall zu seinem Geburtstag.

### 3.4. Einladungen zu künftigen Sitzungen des Präsidiums

#### Das Präsidium

- hört einen Beitrag des Präsidenten, der seine Absicht bestätigt, Guy VERHOFSTADT, Vorsitzender der ALDE-Fraktion und Koordinator der Konferenz der Präsidenten für den Brexit, und Michel BARNIER, Chefunterhändler für die Europäische Union, für einen Meinungsaustausch zu einer künftigen Sitzung des Präsidiums einzuladen, was auch der geeignete Zeitpunkt sein könne, um die Ad hoc-Arbeitsgruppe des Präsidiums für den Brexit einzusetzen, und mitteilt, dass er, wie im Rahmen Away Days des Präsidiums erörtert, Mariya GABRIEL, Kommissionsmitglied, für einen Meinungsaustausch mit dem Präsidium über Cybersicherheit und die künftige digitale Agenda eingeladen habe.

A. BESCHLÜSSE/AUSSPRACHEN

4. Maßnahmen im Anschluss an den Away Day: Arbeitsumfeld der Mitglieder ab der neuen Wahlperiode im Jahr 2019 – Aufzeichnung des Generalsekretärs

Das Präsidium, das mit Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von einer Aufzeichnung des Generalsekretärs vom 29. November 2017 zum „Arbeitsumfeld der Mitglieder ab der neuen Wahlperiode im Jahr 2019 – Maßnahmen im Anschluss an den Away Day“ (PE 615.686/BUR);
- hört Ausführungen von Herrn SASSOLI, Vizepräsident, der betont, dass die Arbeitsbedingungen für die Mitglieder in den vergangenen Jahren erheblich verbessert wurden, darauf hinweist, dass es vorangehe und weitere Verbesserungen notwendig seien, so eine optimierte Nutzung der Räumlichkeiten, mehr Flexibilität, mehr ergonomische Büromöbel, Anpassungen an die sich ständig weiterentwickelnde Technologie, zusätzliche kleine Sitzungssäle, Wartebereiche für Gäste; er äußert eine gewisse Skepsis in Bezug auf die Installation von Schiebetüren zur Beschränkung des Zugangs zu den Etagen der Mitglieder und schlägt stattdessen vor, das gleiche Ziel zu erreichen, indem der Zugang für externe Gäste auf die Ebenen 0–3 beschränkt werde;
- hört einen Beitrag des Präsidenten, der zustimmt, dass die Büros der Mitglieder für nicht eingeladene, externe Personen nicht zugänglich sein sollten, fragt, wie dies ohne zusätzliches Personal praktisch erreicht werden könne, und erklärt, dass zu diesem Zweck die kostengünstigsten und praktischsten Maßnahmen ergriffen werden sollten;
- hört einen Beitrag von Herrn SASSOLI, Vizepräsident, der zustimmt, dass alle Optionen zur Beschränkung des Zugangs zu den Büros der Mitglieder geprüft werden sollten, darunter Schiebetüren oder moderne Ausweise;

- hört Ausführungen von Herrn WIELAND, Vizepräsident, der darauf hinweist, dass je älter das Mobiliar sei, desto höher die Wartungs- und Reparaturkosten seien; er betont, dass die Anforderungen sowie die Optionen für Räumlichkeiten sich ständig änderten, erklärt, dass das Parlament bei den Räumlichkeiten über erhebliche Reserven verfüge, die besser genutzt werden sollten, schlägt vor, die Empfangsbereiche umzugestalten, kleinere, zentral gelegene Teeküchen und kleine Sitzungssäle mit Videokonferenz-Anlagen auf jeder Etage einzurichten, teilt dem Präsidium mit, dass fünf Unternehmen bereit seien, dem Parlament ihre Lösungen in Bezug auf Mobiliar vorzustellen, empfiehlt, dass die Büros von fünf Mitgliedern des Präsidiums plus jeweils ein angrenzendes Büro als Pilotprojekte dienen könnten, um die von diesen fünf Unternehmen angebotenen Lösungen vorzustellen, und weist darauf hin, dass im Allgemeinen weitreichende Unterstützung für eine Einschränkung des Zugangs von externen Besuchern zu den Büros der Mitglieder verzeichnet werde, allerdings, wie die bisherige Erfahrung gezeigt habe, kein Konsens bezüglich der praktischen Einzelheiten bestehe;
  
- hört einen Beitrag von Frau GEBHARDT, Vizepräsidentin, die die Initiative unterstützt, betont, dass dafür gesorgt werden solle, dass das Arbeitsumfeld der Mitglieder für die Zukunft gerüstet sei, vorschlägt, Vor- und Nachteile von Schiebetüren weiter zu prüfen, mitteilt, dass die IT-Arbeitsgruppe geliefert habe, was sie in Bezug auf Konferenzen versprochen habe;
  
- hört Ausführungen von Herrn CASTALDO, Vizepräsident, der dem Präsidenten und den anderen Mitgliedern des Präsidiums für die freundliche Begrüßung dankt, äußert, er beabsichtige, konstruktiv mit allen anderen Mitgliedern des Präsidiums zusammenzuarbeiten, den für die Mitglieder und Mitarbeiter vorgeschlagenen Verbesserungen wie kleinen Sitzungssälen auf jeder Etage, Bädern und Teeküchen zustimmt, fragt, was mit dem alten Mobiliar geschehen solle, den Generalsekretär ersucht, das Votum des Plenums über die Entlastung 2015 in diesem Kontext zu erläutern, Zweifel hinsichtlich der Nützlichkeit von Schiebetüren äußert und empfiehlt, die Option von Ausweis-Lesegeräten in den Aufzügen zu prüfen;

- hört einen Beitrag des Präsidenten, der vorschlägt, die Frage des Zugangs zu den Etagen der Mitglieder im Rahmen der einer künftigen Aussprache über ein einschlägiges Sicherheitskonzept zu prüfen;
- hört einen Beitrag von Herrn MAŇKA, Quästor, der auf die Brandschutzrisiken von Schiebetüren verweist, betont, dass eine Nutzung der Treppen weiterhin einfach bleiben müsse, um die Benutzung der Treppen aus Gesundheits- und Energiespargründen zu fördern, und unterstreicht, dass bei den Büros, die außerdem für die neuen Mitglieder nach der Wahl fertiggestellt sein sollten, Flexibilität notwendig sei;
- hört einen Beitrag von Frau HAUTALA, Vizepräsidentin, die vorschlägt, dass EMAS-Team eng in das Projekt einzubeziehen, um sicherzustellen, dass Umweltaspekte abgedeckt seien;
- hört einen Beitrag von Herrn LIBERADZKI, Vizepräsident, der empfiehlt, die in der Aufzeichnung enthaltenen Vorschläge anzunehmen, mit Ausnahme desjenigen zur Regelung des Zugangs zu den Büros der Mitglieder, da diese Frage komplizierter sei;
- hört einen Beitrag von Herrn CZARNECKI, Vizepräsident, der seine Unterstützung für die Ausführungen von Herrn WIELAND, Vizepräsident, bekundet;
- hört eine Wortmeldung von Herrn PAPADIMOULIS, Vizepräsident, der darauf hinweist, dass viele Fragen nicht reif für einen Beschluss seien, weshalb in der heutigen Sitzung die nicht umstrittenen Punkte angenommen werden und die zuständigen Vizepräsidenten bezüglich der restlichen Fragen mit den zuständigen Generaldirektionen und Arbeitsgruppen weiterarbeiten sollten;
- hört Ausführungen des Generalsekretärs, dass anscheinend ein weitreichender Konsens über die meisten Punkte bestehe, darunter kleine Sitzungssäle, Empfangsbereiche für Besucher, Teeküchen und Sanitäreinrichtungen, wogegen die Frage der Schiebetüren wegen der genannten Gründe wie Aufzüge und

Treppenhäuser komplizierter zu sein scheine, wie der Präsident vorgeschlagen habe, könne dies in einer späteren Sitzung detaillierter erörtert werden; er teilt mit, dass Möbel, die älter als 15 Jahre seien, abgeschrieben wurden und vom Parlament nicht mehr genutzt würden, für wohltätige Zwecke gespendet würden, für den Erwerb neuer Möbel werde das Verfahren der umweltgerechten Vergabe öffentlicher Aufträge angewandt, weshalb die EMAS-Anforderungen uneingeschränkt erfüllt würden;

- hört einen Beitrag von Herrn SASSOLI, Vizepräsident, der darauf hinweist, dass das derzeitige Mobiliar am Ende seiner Nutzungszeit und die Frage neuen Mobiliars für die Mitglieder von strategischer Bedeutung sei; er betont, dass als Grundlage für Beschlüsse über neue Sicherheitsmaßnahmen wie den Schutz der Etagen der Mitglieder eine Sicherheitsbewertung notwendig sei;
- hört Ausführungen von Herrn WIELAND, Vizepräsident, der betont, dass es vorteilhaft sei, über fünf Pilotbüros zu verfügen, um zu testen, wie das Konzept mit den praktischen Aspekten betreffend die neuen Möbel und technischen Merkmale wie der Öffnung der Büros mit einem Ausweis statt einem Schlüssel umgesetzt werden könne; er schlägt vor, ein fortschrittliches System für die Verwaltung der Räumlichkeiten einzuführen, um Büros effizienter zu nutzen und zu reinigen, und beantragt eine engere Zusammenarbeit zwischen den Generaldirektionen, da die Mitglieder integrierte Dienstleistungen fragmentarischen Lösungen vorzögen;
- hört einen Beitrag des Präsidenten, der vorschlägt, das Konzept anzunehmen, mit Ausnahme der sicherheitsbezogenen Aspekte, die in einer künftigen Sitzung des Präsidiums erörtert werden sollten;
- stimmt dem Vorschlag des Präsidenten zu und befürwortet die Verpflichtung der Verwaltung, für die Mitglieder ab der neuen Wahlperiode im Jahr 2019 ein verbessertes Arbeitsumfeld bereitzustellen.

5. Maßnahmen im Anschluss an die Away Days: Strategie für die Modernisierung des Konferenzmanagements im Europäischen Parlament – Aufzeichnung des Generalsekretärs

Das Präsidium, das mit Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von der Aufzeichnung des Generalsekretärs vom 27. November 2017 zur „Strategie für die Modernisierung des Konferenzmanagements im Europäischen Parlament“ (PE 615.687/BUR und Anlage);
- hört Ausführungen von Herrn WIELAND, Vizepräsident mit vorrangiger Zuständigkeit für Gebäude, der sein generelles Einverständnis mit der Aufzeichnung des Generalsekretärs bekundet und feststellt, dass auch die Fraktionen aufgefordert werden sollten, die von ihnen verwalteten Sitzungssäle in den allgemeinen Pool einzubringen, betont, dass die Verdolmetschung eine sehr wichtige Komponente der neu organisierten Generaldirektion bleibe und dem durch einen klaren Verweis auf „Dolmetschen“ in der Bezeichnung weiterhin Rechnung getragen werden solle, außerdem betont er, dass Anreize für verantwortungsbewusste Nutzer von Sitzungssälen zu schaffen seien, um sehr kostspielige Absagen in letzter Minute zu begrenzen;
- hört eine Wortmeldung von Herrn PAȘCU, Vizepräsident mit vorrangiger Zuständigkeit für Mehrsprachigkeit, der sein Einverständnis mit dem Vorschlag von Herrn WIELAND äußert, „Dolmetschen“ als Teil der Bezeichnung der Generaldirektion beizubehalten;
- hört Ausführungen von Frau BEARDER, zuständige Quästorin für kulturelle und künstlerische Veranstaltungen der Mitglieder, die darauf hinweist, dass verschiedene Veranstaltungen im Parlament ein wichtiger Bestandteil der Nutzung der Räumlichkeiten und Bereiche seien; sie äußert die Ansicht, dass das Online-Buchungssystem für Veranstaltungen, das bereits für Veranstaltungen und Ausstellungen der Mitglieder existiere, in das neue Konferenzbuchungssystem integriert werden solle, weist darauf hin, dass die Bereiche für von den Mitgliedern organisierte Ausstellungen und Veranstaltungen, die bei der letzten Überarbeitung der geltenden



Bestimmungen erheblich reduziert wurden, umfassend genutzt und lange Zeit im Voraus gebucht werden, was oft dazu führe, dass von den Fraktionen verwaltete Sitzungssäle für Veranstaltungen genutzt würden; zwar äußert sie ihre Zufriedenheit mit der Regelung, wonach Mitgliedern in Sitzungen Verpflegung geliefert werden kann, stellt aber fest, dass dies manchmal dazu führe, dass Sitzungssäle nicht rechtzeitig für die nächste Sitzung geräumt würden;

- führt eine Aussprache, an der sich Herr PAPADIMOULIS und Herr CASTALDO, Vizepräsidenten, sowie Herr MAŇKA, Quästor, beteiligen, die
  - ihr Einverständnis mit dem Vorschlag von Herrn WIELAND bekunden, „Dolmetschen“ als Bestandteil der neuen Bezeichnung der Generaldirektion beizubehalten,
  - darum ersuchen, dass die Fraktionen eng in die Umsetzung der neuen Regelung einbezogen und ihre Vorrechte in Bezug auf die Verwaltung der Sitzungssäle gewahrt werden sollten, da sie zu den häufigsten Nutzern gehörten,
  - vorschlagen, dass für Dolmetschen und Übersetzung vorrangig IT-basierte Lösungen, z. B. Anwendungen, geprüft werden sollten;
- hört Ausführungen des Generalsekretärs, dass die Planung neuer Bezeichnungen für Generaldirektionen kompliziert sei, da die entsprechenden Abkürzungen nicht zu Missverständnissen führen sollten, wie in der Vergangenheit bei der Generaldirektion Sicherheit, die schließlich GD SAFE statt SECU genannt wurde, wobei er vermerkt, dass die neue Bezeichnung der Generaldirektion für Dolmetschen und Konferenzen auf der Grundlage der vorgetragene Vorschläge überprüft werde; er stimmt Frau BEARDER zu, dass es sinnvoll sei, die Möglichkeit zu prüfen, das System für das Veranstaltungsmanagement teilweise in den neuen Dienst zu integrieren;
- befürwortet die Strategie zur Modernisierung des Konferenzmanagements im Europäischen Parlament gemäß der Aufzeichnung des Generalsekretärs;

- billigt die Einrichtung einer Direktion Konferenzorganisation;
- beauftragt den Generalsekretär, die Umbenennung der Generaldirektion Dolmetschen und Konferenzen im Hinblick auf eine Beibehaltung des Aspekts „Dolmetschen“ in deren Abkürzung zu überprüfen.

**Ab 17.15 Uhr hinter verschlossenen Türen**

6. Personalfragen

Dieser Punkt wird auf eine spätere Sitzung vertagt.

**B. BESCHLÜSSE OHNE AUSSPRACHE**

7. Maßnahmen im Anschluss an die Away Days: Für ein erfolgreiches Jahr 2019 – Umstrukturierung der Generaldirektion Kommunikation – Aufzeichnung des Generalsekretärs

Das Präsidium, das mit Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von der Aufzeichnung des Generalsekretärs vom 28. November 2017 mit dem Titel „Maßnahmen im Anschluss an die Away Days: Für ein erfolgreiches Jahr 2019 – Umstrukturierung der Generaldirektion Kommunikation“ (PE 612.658/BUR und Anlagen);
- hört einen Beitrag von Frau GEBHARDT, Vizepräsidentin, die sich nach dem Status des Lux-Filmpreises bei der Neuorganisation der GD COMM erkundigt und betont, dass sämtliche notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen für den Preis erhalten bleiben sollten;
- hört einen Beitrag von Herrn PAPADIMOULIS, Vizepräsident, der die Aufzeichnung befürwortet und seinen Vorschlag aus der letzten Sitzung bekräftigt, dass die Konferenz einen Meinungsaustausch über die institutionelle Kampagne für die Europawahl 2019 führen solle, wobei selbstverständlich die letztendliche Zuständigkeit in der Angelegenheit beim Präsidium liege;
- hört einen Beitrag des Präsidenten, der seine Unterstützung für den Lux-Filmpreis bekundet und den Vorschlag von Herrn PAPADIMOULIS zur Kenntnis nimmt, aber erklärt, dass in der heutigen Sitzung lediglich die Umstrukturierung der GD COMM behandelt werde, nicht deren Aufgaben oder die Inhalte der nächsten Wahlkampagne;
- beschließt die vorgeschlagene Umstrukturierung der GD COMM;
- billigt das Inkrafttreten der Änderungen zum 1. Januar 2018.

8. Vorschlag zur Einrichtung einer gemeinsamen Informationsstelle des Europäischen Parlaments und der Kommission in der Zentralbibliothek in Helsinki – Aufzeichnung des Generalsekretärs

Das Präsidium, das mit Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von der Aufzeichnung des Generalsekretärs vom 30. November 2017 mit dem Titel „Vorschlag zur Einrichtung einer gemeinsamen Informationsstelle des Europäischen Parlaments und der Kommission in der Zentralbibliothek in Helsinki“ (PE 615.689/BUR, Anlagen und Finanzbogen);
- hört Ausführungen von Herrn WIELAND, Vizepräsident mit vorrangiger Zuständigkeit für Gebäude, Verkehr und umweltbewusstes Parlament, der erklärt, er hege zwar Sympathie für das Projekt, habe jedoch in der Sitzung der Arbeitsgruppe des Präsidiums „Gebäude, Verkehr und umweltbewusstes Parlament“ vom 29. November 2017 vier sehr wichtige Grundbedingungen aufgeführt, da dieses Projekt einen Präzedenzfall für künftige Standorte interaktiver Bereiche in den Mitgliedstaaten, aber außerhalb der Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments darstellen könne, weshalb er mitteilt, dass für derartige Projekte unter diesen Bedingungen Folgendes gelten solle:
  - es solle sich um öffentlich-öffentliche Partnerschaften handeln,
  - der Standort solle sich in relativ geringer Entfernung, z.B. 500 m, vom bestehenden Europa-Haus befinden,
  - die Miete solle nicht höher sein als der übliche Marktpreis, vorzugsweise aber niedriger,
  - es müsse klare Hinweise oder eine Beschilderung hinsichtlich des Standorts des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments geben;
- hört einen Beitrag des Präsidenten, der den Ausführungen von Herrn WIELAND, Vizepräsident, zustimmt;
- befürwortet den Vorschlag zur Einrichtung einer gemeinsamen

Informationsstelle des Europäischen Parlaments und der Kommission in der Zentralbibliothek in Helsinki;

- beauftragt den Generalsekretär, mit der Kommission eine förmliche Vereinbarung über die Übernahme der Kosten zu gleichen Teilen zu erzielen.

9. Modernisierung des öffentlich zugänglichen Empfangsbereichs des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Tallinn – Aufzeichnung des Generalsekretärs

Das Präsidium, das mit Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von der Aufzeichnung des Generalsekretärs vom 30. November 2017 betreffend die Modernisierung des öffentlich zugänglichen Empfangsbereichs des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Tallinn (PE 615.690/BUR, Anlage und Finanzbogen);
- hört Ausführungen von Herrn WIELAND, Vizepräsident mit vorrangiger Zuständigkeit für Gebäude, Verkehr und umweltbewusstes Parlament, der auf frühere Fälle verweist, in denen das Parlament, nachdem mit der Kommission Einvernehmen über den gemeinsamen Kauf eines Gebäudes erzielt wurde, von Letzterer gebeten wurde, die Finanzmittel vorzustrecken; er äußert die Auffassung, dass die Kommission, falls dies wieder geschehen solle, nicht als Miteigentümer gelten und Miete für die Nutzung von Räumlichkeiten zahlen solle, bis sie ihre finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang erfüllt habe; er ersucht den Präsidenten, das Thema gegenüber Herrn JUNCKER, Präsident der Kommission, zur Sprache zu bringen, um eine engere Zusammenarbeit und bessere Koordinierung zwischen den zuständigen Dienststellen beider Organe einzufordern;
- hört einen Beitrag des Präsidenten, der den Ausführungen von Herrn WIELAND zustimmt und seine Absicht erklärt, das Thema bei nächstmöglicher Gelegenheit gegenüber dem Präsidenten der Kommission zur Sprache zu bringen;
- befürwortet den Vorschlag zur Erweiterung des Mietvertrags um eine zusätzliche Fläche von 634m<sup>2</sup> im Gebäude 4A Rävåla und zur Einrichtung eines Bereichs „Erlebnis Europa“;
- beauftragt den Generalsekretär, sich um eine Einigung mit der Kommission über die Aufteilung der Kosten im Verhältnis 60:40 zu bemühen.

10. Antrag des Haushaltsausschusses (BUDG) auf Genehmigung einer Ausnahme für die Übersetzung von 45 zusätzlichen Seiten über die zulässigen regulären Obergrenzen hinaus zwecks Einreichung von zwei wichtigen Berichtsentwürfen noch 2017 – Schreiben von Herrn ARTHUIS, Vorsitzender des betreffenden Ausschusses

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von dem Schreiben von Herrn ARTHUIS, Vorsitzender des Haushaltsausschusses, mit dem er eine Ausnahme von den in Artikel 14 des Verhaltenskodex „Mehrsprachigkeit“ festgesetzten Obergrenzen für die Übersetzung von 45 zusätzlichen Seiten über die zulässigen regulären Obergrenzen hinaus zwecks Einreichung von zwei Berichtsentwürfen zum MFR noch 2017 beantragt, nämlich zur „Vorbereitung des Standpunkts des Parlaments zum MFR nach 2020“ und zur „Reform des Eigenmittelsystems der Europäischen Union“ (PE 612.655/BUR und Finanzbogen);
- stellt fest, dass gemäß den geltenden Bestimmungen für Entwürfe von Entschließungsanträgen eine Höchstgrenze von 4 Seiten gilt und dass ein Ausschuss seinem Berichterstatter eine Abweichung von den in Absatz 1 genannten Höchstgrenzen genehmigen kann, wobei eine jährliche Reserve von 45 Seiten jedoch nicht überschritten werden darf;
- stellt fest, dass diese Bestimmungen aufgrund von Haushaltsrestriktionen gerechtfertigt sind und jedem Ausschuss bereits die Übersetzung einer großzügig bemessenen Zahl von Seiten gestatten;
- stellt fest, dass weitere Abweichungen nach Ausschöpfung der jährlichen Reserve des Ausschusses der Genehmigung durch das Präsidium bedürfen;
- stellt fest, dass der Haushaltsausschuss eine Ausnahme beantragt, da er seine jährliche Reserve bereits für die Ausarbeitung einer Reihe von Entschließungsanträgen ausgeschöpft hat, die Teil des jährlichen Haushaltsverfahrens sind, sowie weiterer Dossiers, einschließlich des Umsetzungsberichts über den EFSI und des jährlichen Berichts über die



Tätigkeiten der EIB, und dass die beiden oben genannten Berichtsentwürfe, für die die Ausnahme beantragt wird, noch dieses Jahr eingereicht werden müssen, damit sie Anfang nächsten Jahres vom Haushaltsausschuss und im März 2018 vom Plenum geprüft und angenommen werden können;

- betont dennoch, dass in Zeiten umfangreicher Haushaltsrestriktionen, die insbesondere dem Haushaltsausschuss bekannt sein dürften, alle beteiligten Akteure weiterhin bemüht sein sollten, die Ressourcen kostenwirksam zu nutzen, Einsparungen zu erzielen und die Kosten zu verringern;
- stellt fest, dass der Haushaltsausschuss diesen Antrag immer wieder stellt und dass diese Anträge kein übliches Verfahren werden sollten;
- stellt fest, dass die Kosten für die beantragte Ausnahmeregelung mit 22 460 EUR veranschlagt werden;
- gewährt nichtsdestotrotz die beantragte Ausnahme ausnahmsweise für die beiden oben genannten Berichte und hebt hervor, dass diese Genehmigung kein Präzedenzfall für künftige Verfahren sein sollte;
- fordert den Haushaltsausschuss auf, sich zu bemühen, die Bestimmungen über den maximalen Umfang von Dokumenten einzuhalten.

11. Kuratorium des Hauses der europäischen Geschichte – Änderung der Mitgliedschaft  
– Aufzeichnung des Generalsekretärs

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von einer Aufzeichnung des Generalsekretärs vom 28. November 2017 zur Ernennung eines neuen Mitglieds des Kuratoriums des Hauses der europäischen Geschichte (PE 615.691/BUR und Anlagen);
- billigt die Ernennung von Herrn Harald RØMER zum Mitglied des Kuratoriums.

12. Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen für das Haushaltsjahr 2018 – Aufzeichnung des Generalsekretärs

Das Präsidium, das mit Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von der Aufzeichnung des Generalsekretärs vom 27. November 2017 betreffend die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen für das Haushaltsjahr 2018 (PE 615.692/BUR und Anlagen);
- hört einen Beitrag von Frau HAUTALA, Vizepräsidentin, dass drei europäische politische Stiftungen, das Wilfried-Martens-Zentrum für europäische Studien, die Stiftung für Progressive Europäische Studien und die Grüne Europäische Stiftung, am 10. November 2017 ein Schreiben an die Mitglieder des Präsidiums versandten, in dem sie ihre Sorge über die Konsequenzen des Beschlusses des Präsidiums vom 12. Juni 2017, wonach Sachleistungen künftig nicht mehr als erstattungsfähige Ausgaben anzusehen seien, für ihre Tätigkeit äußerten; sie fragt, ob ein Treffen mit Vertretern der drei Stiftungen möglich sei, um die konkreten Probleme, mit denen sie aufgrund dieses Beschlusses konfrontiert seien, zu prüfen;
- hört Erläuterungen des Generalsekretärs, dass die Verwaltung die von der Änderung am stärksten betroffenen Stiftungen bereits kontaktiert habe, zwei von ihnen Lösungen gefunden hätten und nur die dritte noch große Probleme mit dem Übergang zur neuen Regelung habe; er werde die Initiative ergreifen, dass die zuständigen Dienststellen nicht nur erneut deren Vertreter träfen, sondern beim Übergang zur neuen Regelung, der zufolge Sachleistungen nicht mehr erstattet werden könnten, auch mit Rat und Tat zur Seite stünden;
- genehmigt die Gewährung von Beiträgen an zehn europäische politische Parteien und die Gewährung von Finanzhilfen an zehn europäische politische Stiftungen für das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 49 329 060 EUR, wie in Abschnitt VI der Aufzeichnung des Generalsekretärs ausgeführt;
- bestätigt, dass die Anträge von zwei antragstellenden europäischen politischen

Parteien (Allianz für Frieden und Freiheit und Europäische Allianz der Nationalen Bewegungen) sowie von einer antragstellenden europäischen politischen Stiftung (Europe Terra Nostra) als unzulässig anzusehen sind, da sie zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht, wie in Artikel 17 der Verordnung (EU) Nr. 1141/2014 vorgesehen, bei der Behörde registriert waren;

- verlängert die Frist für die Zahlung der Vorfinanzierungsbeträge bis zum 15. Januar 2018, da die Mittel aus dem Haushaltsplan 2018 erst ab Beginn des Haushaltsjahres 2018 zur Verfügung stehen;
- ersucht den Präsidenten des Europäischen Parlaments, die Antragsteller über den Beschluss des Präsidiums bezüglich ihrer Anträge zu unterrichten und dem zuständigen bevollmächtigten Anweisungsbefugten die Anweisung zu erteilen, die Zahlung des entsprechenden Vorfinanzierungsbetrags gemäß Abschnitt VI dieser Aufzeichnung zu leisten.

13. Mehrsprachigkeit – Vorschlag für die Verlängerung der Ausnahmeregelungen in Bezug auf Artikel 158 – Aufzeichnung des Generalsekretärs

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von der Aufzeichnung des Generalsekretärs vom 27. November 2017 betreffend „Mehrsprachigkeit: Vorschlag zur Verlängerung der Ausnahmen von Artikel 158 der Geschäftsordnung“ (PE 615.693/BUR);
- stellt fest, dass trotz anhaltender interinstitutioneller Anstrengungen zum 1. Januar 2018
  - für die maltesische und die kroatische Sprache noch immer nicht genügend qualifizierte Dolmetscher,
  - für die irische Sprache noch immer nicht genügend qualifizierte Dolmetscher, Übersetzer und Rechts- und Sprachsachverständige zur Verfügung stehen werden;
- stellt fest, dass, da der Mangel an qualifizierten Sprachmittlern und Rechts- und Sprachsachverständigen trotz angemessener Vorkehrungen weiterhin besteht, und unter gebührender Berücksichtigung der in der Verordnung Nr. 2015/2264 des Rates vorgesehenen befristeten Sonderregelungen zur Verlängerung und allmählichen Einstellung der befristeten Ausnahmeregelungen für Irisch, das Präsidium ersucht wird,
  - die Ausnahmeregelung gemäß Artikel 159 in Bezug auf die Verdolmetschung für Maltesisch und Kroatisch bis zum 30. Juni 2018 zu verlängern,
  - die Ausnahmeregelung gemäß Artikel 159 in Bezug auf die Verdolmetschung, Übersetzung und sprachlich-juristische Überarbeitung für Irisch bis zum 30. Juni 2018 zu verlängern;
- nimmt die im zweiten Halbjahr 2017 ergriffenen konkreten Maßnahmen zur Kenntnis, durch die die ordnungsgemäße Umsetzung der Verordnung Nr. 2015/2264 des Rates zur Verlängerung und allmählichen Einstellung der

befristeten Ausnahmeregelungen für Irisch vorbereitet und sichergestellt werden soll.

14. Historisches Archiv des Europäischen Parlaments: Jährlicher Tätigkeitsbericht für 2016 – Vermerk des Generalsekretärs

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von dem Vermerk des Generalsekretärs vom 30. November 2017 betreffend das Historische Archiv des Europäischen Parlaments: Jährlicher Tätigkeitsbericht für 2016 (PE 615.694/BUR und Anlage);
- nimmt den 13. Jahresbericht über das Historische Archiv des Europäischen Parlaments zur Kenntnis;
- genehmigt dessen Verbreitung, die Übermittlung an die übrigen Organe sowie die Veröffentlichung im Intranet und auf der Website des Parlaments.

15. Benennung eines Sitzungssaals nach dem ehemaligen portugiesischen Präsidenten Mario Soares – Schreiben von Herrn PITTELLA, Vorsitzender der S&D-Fraktion, und Herrn ZORRINHO, Leiter der portugiesischen Delegation in der S&D-Fraktion – Aufzeichnung des Generalsekretärs

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von der Aufzeichnung des Generalsekretärs vom 30. November 2017 betreffend die Benennung eines Sitzungssaals nach dem ehemaligen portugiesischen Präsidenten Mario Soares (PE 615.695/BUR und Anlage);
- beschließt, Saal 3G3 im SPINELLI-Gebäude nach dem ehemaligen portugiesischen Präsidenten Mario Soares zu benennen.



16. Anpassung der Allgemeinen Kostenvergütung sowie der Reisekostenvergütung und des Tagegelds für die Mitglieder im Jahr 2018 – Vermerk des Generalsekretärs

Das Präsidium, das mit Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von einem Vermerk des Generalsekretärs vom 27. November 2017 betreffend die Anpassung der allgemeinen Kostenvergütung sowie der Reisekostenvergütung und des Tagegelds für die Mitglieder (PE 615.696/BUR und Anlagen);
- stellt fest, dass gemäß Artikel 69 Absatz 1 der Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments die Beträge zur Vergütung der allgemeinen Kosten, der Reisekosten und der Aufenthaltskosten jährlich vom Präsidium angepasst werden können, und zwar maximal bis zur Höhe der von Eurostat veröffentlichten jährlichen Inflationsrate der Europäischen Union für den Monat Oktober des Vorjahres;
- stellt fest, dass die von Eurostat\* mitgeteilte Inflationsrate sich auf 1,7 % beläuft;
- hört Beiträge von Frau GUILLAUME und Frau GEBHARDT, Vizepräsidentinnen, und Herrn MAŇKA, Quästor, die empfehlen, diese Anpassung an die Inflation dieses Jahr nicht anzuwenden, da die Anhebung nicht automatisch erfolge, sondern einen Beschluss des Präsidiums erfordere, und zwar als Symbol der Bestrebungen des Parlaments, seine eigenen Kosten zu begrenzen und populistische Kommentare zu den Ausgaben des Parlaments zu vermeiden, insbesondere zu einem Zeitpunkt, zu dem neue Bestimmungen für die allgemeine Kostenvergütung erörtert würden;
- hört Beiträge von Herrn WIELAND, Herrn CZARNECKI, Frau HAUTALA und Frau McGUINNESS, Vizepräsidenten, die erklären, dass die geringfügige Anhebung durch den inflationsbedingten Anstieg der Kosten gerechtfertigt sei, dass diese Vergütungen bereits in der Vergangenheit eingefroren wurden, ohne dass die diesbezüglichen Bemühungen des Parlaments in der Öffentlichkeit gewürdigt wurden, vielmehr könne eine künftige umfangreichere Anhebung zur

---

\* Mitteilung Nr. 173/2017 Eurostat.

Berücksichtigung der Inflationsraten mehrerer Jahre schärfere Kritik nach sich ziehen, außerdem bestehe keine Verbindung zwischen der derzeitigen Diskussion über die Zukunft der allgemeinen Kostenvergütung und der Indexierung, da beide derzeit von der mit dem Thema befassten Arbeitsgruppe geprüften Szenarien mit der Anpassung an die Inflation vereinbar seien;

- hört einen Beitrag von Herrn CASTALDO, Vizepräsident, der empfiehlt, erst einen Beschluss zu fassen, nachdem die Ad hoc-Arbeitsgruppe zur allgemeinen Kostenvergütung dem Präsidium ihre Vorschläge vorgelegt und dieses das künftige Konzept für die Vergütung beschlossen hat;
- hört eine Wortmeldung von Herrn LIBERADZKI, Vizepräsident, der um mehr Informationen über die tatsächliche Verwendung dieser Vergütung durch die Mitglieder ersucht;
- beschließt mehrheitlich, die Beträge der Vergütung der allgemeinen Kosten, der Reisekosten und der Aufenthaltskosten im Einklang mit der von Eurostat veröffentlichten Inflationsrate mit Wirkung zum 1. Januar 2018 um 1,7% anzuheben;
- beschließt, Artikel 15 Buchstabe c, Artikel 20, Artikel 22 Absätze 1 und 3, Artikel 24 Absatz 2 und Artikel 26 Absatz 2 der DBAS entsprechend zu ändern und den Generalsekretär zu beauftragen, den Beschluss im Amtsblatt zu veröffentlichen.

17. Finanzielle Zuwendung für den Verein der ehemaligen Mitglieder im Jahr 2018 – Vermerk des Generalsekretärs

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis vom Vermerk des Generalsekretärs vom 27. November 2017 betreffend die finanzielle Zuwendung für den Verein der ehemaligen Mitglieder im Jahr 2018 (PE 615.697/BUR);
- setzt den Betrag der dem Verein der ehemaligen Mitglieder für das Jahr 2018 zu gewährenden finanziellen Zuwendung vorbehaltlich der endgültigen Annahme des Haushaltsplans für 2018 auf 220 000 EUR fest;
- beauftragt den Anweisungsbefugten gemäß Artikel 3 Absatz 3 der vorgenannten Regelung, den so beschlossenen Betrag dem Empfänger zu bewilligen und den Verein der ehemaligen Mitglieder davon in Kenntnis zu setzen.

18. Finanzielle Zuwendung für die Europäische Parlamentarische Gesellschaft 2018 – Vermerk des Generalsekretärs

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis vom Vermerk des Generalsekretärs vom 27. November 2017 betreffend die finanzielle Zuwendung für die Europäische Parlamentarische Gesellschaft im Jahr 2018 (PE 615.698/BUR);
- setzt den Betrag der der Europäischen Parlamentarischen Gesellschaft für das Jahr 2018 zu gewährenden finanziellen Zuwendung vorbehaltlich der endgültigen Annahme des Haushaltsplans für 2018 auf 220 000 EUR fest;
- beauftragt den zuständigen bevollmächtigten Anweisungsbefugten gemäß Artikel 3 Absatz 3 der vorgenannten Regelung, den so beschlossenen Betrag dem Empfänger zu bewilligen und die Europäische Parlamentarische Gesellschaft davon in Kenntnis zu setzen.

**Reisen der Ausschüsse innerhalb der EU, in Beitritts- und EWR-Länder**

19. Antrag auf Genehmigung der Entsendung von STOA-Delegationen innerhalb der EU, in Beitritts- und EWR-Länder im ersten Halbjahr 2018 – Schreiben von Frau KAILI, Vorsitzende der STOA-Lenkungsgruppe

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von dem Schreiben von Frau KAILI, Vorsitzende der STOA-Lenkungsgruppe, vom 27. November 2017 mit dem Antrag auf Genehmigung der nachstehenden STOA-Reisen 2018 (PE 612.790/CPG und Finanzbogen):
  - Ratstagung des Forums für Wissenschaft und Technologie in der Gesellschaft (STS), 15. Mai 2018, Frankfurt (ein Mitglied),
  - Jährliches OECD-Forum, 5./6. Juni 2018 (noch zu bestätigen), Paris (bis zu zwei Mitglieder),
  - EuroScience Open Forum (ESOF), 12. bis 14. Juli 2018, Toulouse (bis zu vier Mitglieder),
  - Reise zur Agentur für das europäische globale Satellitennavigationssystem (GNSS), 17. bis 19. September 2018 (noch zu bestätigen), Prag (bis zu drei Mitglieder),
  - Jährliche Konferenz InnovEIT2018, Oktober 2018 (Termin noch zu bestätigen), Budapest (bis zu drei Mitglieder);
- stellt fest, dass STOA darauf hinweist, dass diese Liste von Reisen innerhalb der Europäischen Union nicht vollständig sei und durch „eine oder zwei weitere relevante und wichtige Veranstaltungen 2018“ bereichert werden könnte;
- stellt fest, dass diese Reisen zu den vorgeschlagenen fünf Delegationsreisen außerhalb der Europäischen Union dazukommen;
- stellt die erhebliche Zunahme von Reisen und Delegationen von STOA in den

vergangenen Jahren fest;

- genehmigt die oben genannten Reisen von STOA im Jahr 2018.

## Öffentliche Anhörungen

20. Antrag des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) auf Genehmigung der Teilnahme von zwei eingeladenen Referenten an einer interparlamentarischen Ausschusssitzung zum Thema „Die Europäische Migrationsagenda – Fragen zu legalen Wegen und Integration“ am 24. Januar 2018 in Brüssel und Erstattung ihrer Kosten – Schreiben von Herrn MORAES, Vorsitzender des betreffenden Ausschusses

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von dem Schreiben von Herrn MORAES, Vorsitzender des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), vom 10. November 2017 mit dem Antrag auf Genehmigung der Teilnahme von zwei eingeladenen Referenten an einer interparlamentarischen Ausschusssitzung zum Thema „Die Europäische Migrationsagenda – Fragen zu legalen Wegen und Integration“ am 24. Januar 2018 in Brüssel (PE 615.700/BUR und Finanzbogen);
- stellt fest, dass die beantragte Anhörung von der Konferenz der Präsidenten am 28. Juni 2017 im Rahmen der interparlamentarischen Tätigkeiten für das zweite Halbjahr 2017 genehmigt wurde, aber verschoben werden musste und nun in das Programm für das erste Halbjahr 2018 aufgenommen wurde;
- stellt fest, dass die Anhörung dann von der Konferenz der Präsidenten am 15. November 2017 im Rahmen der interparlamentarischen Tätigkeiten für das erste Halbjahr 2018 genehmigt wurde;
- stellt fest, dass die beantragte Anhörung während einer vorgesehenen Sitzung des LIBE-Ausschusses stattfinden soll und dass zwei Sachverständigen im Rahmen der Quote des LIBE-Ausschusses für 2018 die Reise- und Aufenthaltskosten erstattet werden sollen;
- erteilt die beantragte Genehmigung unter der Voraussetzung, dass der LIBE-Ausschuss seine Quote von 16 Sachverständigen einhält, denen 2018 die

Kosten erstattet werden dürfen, da die Kosten von Sachverständigen über diese Obergrenze hinaus nicht erstattet werden können;

- ersucht den LIBE-Ausschuss, dem Präsidenten gemäß Artikel 5 der geltenden Regelung vor der Anhörung das endgültige Programm und gegebenenfalls, wie in Artikel 7 der geltenden Regelung gefordert, die Angabe, ob die eingeladenen Sachverständigen die Registrierungsanforderungen des Transparenzregisters erfüllen, zu übermitteln.



**Anträge auf Genehmigung der Nutzung der Esplanade Solidarność 1980**

21. Antrag der S&D-Fraktion auf Genehmigung der Ausstellung „Bombed – Giving a voice to Syrian civilians“ („Bombardiert – der syrischen Zivilbevölkerung Gehör verschaffen“) auf der Agora Simone Veil der Esplanade Solidarność 1980 vom 23. bis 27. April 2018 – Schreiben von Herrn PITTELLA, Vorsitzender der S&D-Fraktion, und Frau GUILLAUME, Vizepräsidentin

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis vom Antrag von Herrn PITTELLA, Vorsitzender der S&D-Fraktion, und Frau GUILLAUME, Vizepräsidentin, vom 10. November 2017 auf Genehmigung der Ausstellung „Bombed – Giving a voice to Syrian civilians“ („Bombardiert – der syrischen Zivilbevölkerung Gehör verschaffen“) auf der Agora Simone Veil der Esplanade Solidarność 1980 vom 23. bis 27. April 2018 (PE 615.702/BUR);
- stellt fest, dass die Ausstellung, die eine Reihe großformatiger Fotos des französischen Fotografen Philippe de Poulpique umfasst, der Menschen fotografierte, die aufgrund von Kriegsverletzungen behindert sind, die auf Angriffe gegen die Zivilbevölkerung im Syrien-Konflikt zurückgehen, das Ergebnis eines Projekts von Handicap International ist, das von der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission finanziert wurde;
- stellt fest, dass Handicap International seit 2012 mit den Opfern des Konflikts in Syrien zusammenarbeitet, insbesondere mit Opfern von Explosivwaffen, für Rehabilitationsmaßnahmen und orthopädische Versorgung sowie für psychologische Unterstützung sorgt, den Zugang zu humanitärer Hilfe sicherstellt und für explosive Kampfmittelrückstände aus Kriegen sensibilisiert sowie Minenräumarbeiten durchführt;
- stellt fest, dass der Antrag von einer Fraktion gestellt wird und somit die Anforderungen der geltenden Bestimmungen für die Nutzung der Esplanade Solidarność 1980 erfüllt;

- stellt fest, dass Anträge auf Nutzung der Esplanade Solidarność 1980 gemäß der geltenden Regelung spätestens vier Monate vor der geplanten Veranstaltung eingereicht werden sollten und dass der Antrag innerhalb dieser Frist eingereicht wurde;
- nimmt Kenntnis von der befürwortenden Empfehlung von Herrn WIELAND, Vizepräsident mit Zuständigkeit für die Beziehungen zu den belgischen Behörden, vom 7. Dezember 2017 (PE 615.702/BUR/Anl.);
- stellt fest, dass ein Sicherheitsgutachten vorliegt, in dem Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in Bezug auf die Ausstellung empfohlen werden, und dass als eine Maßnahme empfohlen wird, die Ausstellung statt auf der Agora Simone Veil auf der Seite der Esplanade abzuhalten;
- gewährt die beantragte Genehmigung aufgrund der positiven Empfehlung von Herrn WIELAND, Vizepräsident, und in Anbetracht der von der GD SAFE empfohlenen Maßnahmen unter der Voraussetzung, dass
  - die Veranstalter nähere Angaben zu der Veranstaltung machen, unter anderem, ob eine Eröffnungszereemonie geplant ist und wenn ja, mit wie vielen Teilnehmern gerechnet wird und ob Gäste eventuell besondere Unterstützung oder besonderen Schutz benötigen,
  - die Ausstellung im Einklang mit der Empfehlung der GD SAFE statt auf der Agora Simone Veil auf der Seite der Esplanade abgehalten wird,
  - für die Veranstaltung eine intensive Koordinierung der Veranstalter, der GD SAFE, der GD COMM und der zuständigen belgischen Behörden gilt, die von der GD SAFE vorgeschlagenen Präventions- und Schadensbegrenzungsmaßnahmen umgesetzt sowie Auf- und Abbau sowie Abhaltung der Ausstellung aufmerksam überwacht werden,
  - die Veranstalter verstehen und akzeptieren, dass möglicherweise Änderungen bezüglich der Veranstaltung verlangt werden und dass die Stellungnahme des Parlaments und die endgültige Genehmigung der

Gemeinde Ixelles widerrufen werden können, wenn Änderungen des Sicherheitskontexts dies rechtfertigen sollten oder wenn die Veranstalter es versäumen, die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen,

- die Veranstalter sich verpflichten, alle Kosten im Zusammenhang mit der Veranstaltung zu übernehmen.

22. Dringliche Fragen und Verschiedenes

22.1. Anpassung des monatlichen Höchstbetrags der Ausgaben für parlamentarische Assistenz und der monatlichen Obergrenzen für die Gehälter oder Honorare der örtlichen Assistenten für 2017

Das Präsidium, das ohne Aussprache beschließt,

- nimmt Kenntnis von einem Vermerk des Generalsekretärs vom 8. Dezember 2017 zur Anpassung des monatlichen Höchstbetrags der Ausgaben für parlamentarische Assistenz und der monatlichen Obergrenzen für die Gehälter oder Honorare der örtlichen Assistenten für 2017 (615.726/BUR und Anlage);
- hebt den monatlichen Höchstbetrag der für parlamentarische Assistenz übernommenen Ausgaben gemäß Artikel 33 Absatz 4 der Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments mit Wirkung vom 1. Juli 2017 auf 24 526 EUR an;
- ändert die monatlichen Obergrenzen für die Gehälter und Honorare der örtlichen Assistenten nach Artikel 34 Absatz 12 der Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments gemäß der im Vermerk des Generalsekretärs enthaltenen Tabelle;
- beauftragt den Generalsekretär, die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um die Änderung von Artikel 34 Absatz 4 der Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments (DBAS) im Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen und die Obergrenzen für die Gehälter auf der Intranet-Website des Europäischen Parlaments zu veröffentlichen.

22.2. Altersrente für akkreditierte parlamentarische Assistenten (APA)

Das Präsidium

- hört einen Beitrag von Frau GUILLAUME, Vizepräsidentin, die vorschlägt, dass die Dienststellen und das Präsidium die Frage einer Altersrente für APA im Rahmen ihres Statuts prüfen, insbesondere wenn sich herausstellt, dass ihnen

einige Beitragstage fehlen, bis sie ein vollständiges Ruhegehalt erhalten, nachdem sie während zwei vollen Mandatszeiten für ihre Mitglieder tätig waren;

- hört einen Beitrag von Herrn WIELAND, der den Antrag unterstützt und feststellt, dass die geltenden Bestimmungen unter rechtlichen Gesichtspunkten eine entsprechende Vereinbarung nicht erlauben, sowie vorschlägt, eine vergleichende Übersicht über die Lage ähnlicher Fälle in den Mitgliedstaaten mit Blick auf eine mögliche künftige Überarbeitung der Bestimmungen zu erstellen; er schlägt vor, auch für akkreditierte Assistenten eine Rundungsregel einzuführen.

### 22.3. Weiterbehandlung der Entschließung des Plenums zur Bekämpfung von Belästigung

#### Das Präsidium

- hört einen Beitrag von Frau GUILLAUME, Vizepräsidentin, die darauf hinweist, dass das Präsidium Maßnahmen für die interne Weiterbehandlung der Entschließung des Plenums vom 26. Oktober 2017 zur Bekämpfung von sexueller Belästigung und sexuellem Missbrauch in der EU beschließen solle;
- hört Ausführungen des Präsidenten, der betont, dass das Parlament in dieser Angelegenheit energisch vorgehen solle, jedoch hervorhebt, dass jegliche Kampagne in Bezug auf Null-Toleranz von Belästigung sorgfältig geplant werden solle, um deutlich zu machen, dass das Parlament, was Belästigung angehe, nicht tendenziell anfällig sei;
- hört Ausführungen von Frau MORIN-CHARTIER, Quästorin und Vorsitzende des Beratenden Ausschusses für Beschwerden von akkreditierten parlamentarischen Assistenten über Mitglieder des Europäischen Parlaments wegen Belästigung, die
  - darauf hinweist, dass der Beratende Ausschuss seit mehr als einem Jahr aktiv sei und eine der Prävention und frühzeitigen Unterstützung dienende Kampagne ausgearbeitet habe und dass das Präsidium bereits im Januar 2017 einen Fahrplan mit den von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen

angenommen habe, in dem mehrere der Forderungen des Plenums bereits berücksichtigt seien,

- mitteilt, dass der Beratende Ausschuss eingehend an einem neuen Fahrplan dahingehend arbeite, wie besser – auch präventiv – gegen Belästigung und unangemessenes Verhalten im Europäischen Parlament vorzugehen sei, und dass es möglich sei, in der Sitzung des Präsidiums im Januar über Vorschläge für neue Maßnahmen zu diskutieren,
  - betont, dass die jüngste intensive präventive Kampagne ein sehr positives Echo fand und das Europäische Parlament inzwischen als Vorbild für mehrere nationale Parlamente innerhalb und außerhalb der EU angesehen werde,
  - die politische Instrumentalisierung des Themas kritisiert und betont, dass vorrangig denen zugehört werden müsse, die von den realen Gegebenheiten betroffen seien,
  - hervorhebt, dass die Vertraulichkeit sämtlicher Fälle geschützt werden müsse;
- hört einen Beitrag von Herrn MAŇKA, Quästor und Mitglied des Beratenden Ausschusses, der erklärt, dieser sei uneingeschränkt entschlossen, die Entschließung des Plenums umzusetzen, jedoch betont, dass der Beratende Ausschuss bereits seit Jahren eine sehr aktive Rolle übernommen habe, dass viele Mitglieder und APA nicht wüssten, wie viel Mühe es koste, die Funktionsweise des Systems zu verbessern, und dass den verschiedenen Interessenträgern, darunter dem Ausschuss für die Rechte der Frau, mehr Informationen über diese Arbeit übermittelt werden müssten;
- führt einen Meinungs austausch, an dem sich Frau GEBHARDT, Herr LIBERADZKI, Frau HAUTALA, Frau GUILLAUME und Frau McGUINNESS, Vizepräsidenten, beteiligen, die nachdrückliche Unterstützung für die Null-Toleranzpolitik in Bezug auf Belästigung und für die Arbeit des Beratenden Ausschusses äußern, darauf hinweisen, dass es hier nicht um die Medien gehe, sondern um das Leid von Einzelpersonen, und dass das Parlament wegen

seiner Null-Toleranzpolitik für Belästigung als Beispiel angesehen werden solle, wie dies bereits der Fall sei, da es diesbezüglich eine führende Rolle übernommen habe und als Vorbild für andere Parlamente betrachtet und dargestellt werde;

- hört die Aussage des Präsidenten, der dem Beratenden Ausschuss für seine aktive Rolle dankt und darum ersucht, dass dem Präsidium in seiner nächsten Sitzung neue Vorschläge vorgelegt werden.

#### 22.4. Mobiles Parlamentarium

##### Das Präsidium

- hört Ausführungen von Herrn MAŇKA, zuständiger Quästor für die Einrichtungen für die Mitglieder in den Verbindungsbüros des EP, der betont, wie wichtig es sei, die EU den Bürgern und insbesondere jungen Menschen näher zu bringen, und diesbezüglich die Rolle der Verbindungsbüros des EP hervorhebt; er weist darauf hin, dass größere Mitgliedstaaten eine ständige Parlamentarium-Ausstellung nutzen können, und schlägt vor, für kleinere Mitgliedstaaten ein mobiles Parlamentarium für eine wechselnde Nutzung innerhalb der entsprechenden Mitgliedstaaten einzurichten, weshalb er eine Durchführbarkeitsanalyse beantragt, die auch die Auswirkungen auf den Haushaltsplan berücksichtigen soll;
- hört einen Betrag des Präsidenten, der die Dienststellen ersucht, die Umsetzbarkeit dieses Konzepts zu prüfen.

23. Punkte zur Information

Das Präsidium

- nimmt Kenntnis von folgenden Dokumenten:

Interinstitutioneller  
Schriftverkehr

Externer  
Schriftverkehr

Interner Schriftverkehr

- Schreiben von Herrn KOVATCHEV, amtierender Vorsitzender der Quästoren, vom 7. November 2017 zur Warmwasserversorgung im Parlament (PE 615.703/BUR),
- Schreiben von Frau VAN BOSSUYT, Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, vom 7. November 2017 zur Ernennung eines Vertreters des IMCO-Ausschusses in der STOA-Lenkungsgruppe (PE 615.704/CPG).



24. Zeitpunkt und Ort der nächsten Sitzung

Das Präsidium

- beschließt, die nächste ordentliche Sitzung des Präsidiums am **Montag, 15. Januar 2018**, von **18.30 bis 20.30 Uhr** im **Saal R 1.1** des **Louise WEISS-Gebäudes** in **Straßburg** abzuhalten.

\*

\* \*

Schluss der Sitzung: 17.37 Uhr

\*

\* \*